Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

Tätigkeitsbericht der Beauftragten für Integration und Migration 2005/6

Abteilung Kultur, Personal und Gleichstellung
IntMig
Doris Nahawandi

Berlin Friedrichshain-Kreuzberg, im Mai 2007

Erstellt im Auftrag der BVV – Drucksache 1815/II –
„Jährlicher Tätigkeitsbericht der Migrationsbeauftragten“

Inhalt

1.	Einleitung	S. 3
2.	Arbeitsgruppen und Gremien	S. 4
2.1	Intern	S. 4
2.2	Extern	S. 4
3.	Schwerpunktthemen	S. 5
3.1	Interkulturelle Öffnung der Verwaltung	S. 5
3.2	Bildung, Ausbildung und Arbeit	S. 7
3.3	Demokratieförderung im Bezirk	S. 9
3.3.1	Hintergrundinformationen	S. 9
3.3.2	Aktivitäten in den Handlungsfeldern	S. 10
3.3.3	Problemlagen	S. 11
3.3.4	Perspektiven	S. 13
3.4	Wettbewerb	S. 13
4.	Statistisches Material	S. 14
5.	Perspektiven	S. 15
6.	Fazit	S. 16

1. Einleitung

Da die Themen Integration und Migration in fast allen Handlungs- und Aufgabenfeldern der Verwaltung eine Rolle spielen ergibt sich für die Beauftragte ein überaus breites Aufgabengebiet.

Unsere Bezirksstruktur, sowohl hinsichtlich der Bevölkerungszusammensetzung als auch im Hinblick auf die bei uns angesiedelten Projekte und Vereine, stellt eine zusätzliche Herausforderung dar: Denn unser Bezirk hat mit Abstand die höchste Projektdichte von Trägern, die sich für die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund engagieren. Im bezirklichen Vergleich liegen wir bezüglich des Anteils von Bürger/innen mit nicht deutscher Staatsbürgerschaft mit den Bezirken Mitte und Neukölln an der Spitze.

Darüber hinaus steht unser Bezirk besonders im öffentlichen Interesse. Der Ortsteil Kreuzberg ist weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt. Besuchergruppen ebenso wie Wissenschaftler/innen, Studenten/innen und Journalisten/innen aus verschiedenen europäischen Ländern und aus Übersee wollen unseren Bezirk, unsere Konzepte, unsere Erfahrungen und Strategien kennen lernen.

Der hohe Bekanntheitsgrad und das große öffentliche Interesse an unserem Bezirk ist selbstverständlich als positiv zu bewerten, zumal damit die Chance verbunden ist, die öffentliche Meinung und gesellschaftspolitische Diskussionen um das Thema Integration zu beeinflussen.

Um einen Überblick über die Bandbreite der Themen und Aktivitäten zu geben, werde ich zunächst darstellen an welchen Arbeitsgruppen und Gremien meine Mitarbeiterin Frau Pröse (IntMig 1) und ich teilnehmen. Danach erfolgt gemäß den Vorgaben aus der Drucksache DS/1815/II eine Darstellung der Schwerpunktthemen. Wie bereits im Tätigkeitsbericht zum Jahr 2004 dargestellt erstreckt sich mein Aufgabengebiet auf weitaus mehr Tätigkeiten. Da es im neuen Berichtszeitraum keine wesentlichen Veränderungen im Vergleich zum Jahr 2004 gab, sei an dieser Stelle auf den ersten Tätigkeitsbericht verwiesen[1].

[1] Vgl. Tätigkeitsbericht der Beauftragten für Integration und Migration für das Jahr 2004, Mai 2005, http://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/verwaltung/org/intmigbeauftragte/publikationen

2. Arbeitsgruppen und Gremien

Eine kontinuierliche Teilnahme erfolgt zur Zeit in folgenden Gremien:

2.1 Intern

- AG Interkulturelle Öffnung (IKÖ) - (monatlich), Federführung[2] liegt bei mir
- Migrationsbeirat (monatlich), Geschäftsführung liegt bei mir
- Runder Tisch muslimische Vereine und Gemeinden (2-3 x mal im Jahr), Koordination[3]
- Steuerungsrunde Demokratie, (Turnus offen), Koordination
- AG JobCenter – BAMF[4] und weitere Akteure (ca. alle 8 Wochen) in Kooperation mit Anke Overbeck, gemeinsame inhaltliche Vorbereitung, Moderation und Koordination liegt bei mir
- Runder Tisch Seniorenmigranten/innen, (alle 2 Monate), IntMig 1 nimmt teil
- Steuerungsausschuss des Bündnisses für Wirtschaft und Arbeit (tagt unregelmäßig)
- Präventionsrat für Kinder und Jugendliche (tagt seit Dezember 04 unregelmäßig)
- AG-Europa, (tagt unregelmäßig)
- Arbeitskreis Migration, Integration und Gesundheit (ca. alle 2 Monate), IntMig1 nimmt teil
- QM-Ämterrunde (unregelmäßig), IntMig 1 nimmt teil
- BVV-Ausschuss für Integration und Migration, monatlich, weitere nach Bedarf

2.2 Extern

- Landesarbeitsgemeinschaft der bezirklichen Migrationsbeauftragten (LAG) (monatlich)
- Integrationsbeauftragter des Senats (IntMigSen) + LAG (alle 2 Monate)
- Landesbeirat für Integration und Migration (ca. 6x jährlich)
  AG Partizipation (ca. alle 6 Wochen)
- AG Zuwanderung, organisiert von IntMigSen (ca. alle 2-3 Monate)
- Islamforum (alle 2-3 Monate), organisiert von IntMigSen und Muslimischer Akademie
- AK Islam und Schule (alle 2 Monate), gegenwärtig zusätzliche Unter-AG Schulkultur, Federführung liegt bei SenSchul
- BIG[5] AG Migrantinnen (alle 2 Monate)
- AK Netzwerk Osteuropa (alle 2 Monate), IntMig 1 nimmt teil
- AG Gesundheit und Migration (alle 2 Monate), IntMig 1 nimmt teil
- Teilnahme an verschiedenen Steuerungsrunden im Rahmen von strategischen Partnerschaften von Equal-Projekten (unregelmäßig), z.B. 4 x jährlich Projekt Pro Integration, BA Lichtenberg[6]

---

[2] Federführung heißt, eigenverantwortliche Leitung und Durchführung

[3] Koordination bedeutet, dass das Einladungsprozedere über mein Büro erfolgt, die inhaltliche Ausgestaltung, Themensetzung, Einladung von Gästen etc. erfolgt nach Vorgabe von bzw. Rücksprache mit BzBm

[4] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

[5] Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt

[6] IKÖ-Schulungen der Leitungskräfte und weiterer Mitarbeiter/innen finden im Rahmen dieses Projektes statt

- Steuerungsrunde BQN (berufliches Qualifizierungsnetzwerk für junge Migranten/innen), organisiert vom Büro IntMig Sen, (unregelmäßiger Turnus)
- Teilnahme an Quartiersbeiräten (unregelmäßig)[7]
- Beirat Jugendmodellprojekt, Jugendbildungsstätte Kurt-Löwenstein[8] (voraussichtlich 4x jährlich, Start Februar 07)
- Interkultureller Arbeitskreis der Deutschen Rentenversicherungsanstalt (ca 2-3 x jährlich), Int/Mig 1 nimmt teil

3. Schwerpunktthemen

Anhand der dargestellten Arbeitsgruppen und Gremien wird deutlich, dass ein Großteil der Arbeitszeit auf die Teilnahme an den verschiedenen Gremien verwandt werden muss. Demzufolge ist es lediglich möglich in einigen wenigen Feldern eine thematische Schwerpunktsetzung vorzunehmen. Zwischen den verschiedenen Themenbereichen gibt es keine weitere Prioritätensetzung.

3.1 Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Die Implementierung der Interkulturellen Öffnung (IKÖ) in unserer Verwaltung ist ein kontinuierlicher Prozess. Durch den BA-Beschluss vom Februar 2006 ist ein guter Grundstein zur Bearbeitung des Themas gelegt worden. Die Arbeitsgruppe IKÖ (AG IKÖ), die sich aus Vertreterinnen aller Abteilungen und aus externen Mitgliedern[9] zusammensetzt, tagt in der Regel monatlich. Besonders hervorzuheben ist das Interesse und die Motivation aller AG IKÖ Mitglieder an der Beförderung der IKÖ. Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass die AG bereits einiges erarbeitet hat, u.a. eine Definition von Interkultureller Kompetenz (IK), Kompetenzmerkmale zur Überprüfung in Auswahlverfahren, Implementierung von IK in Anforderungsprofile.

Der BA-Beschluss sieht u.a. die Schulung aller LuV- und SE-Leitungen vor. Dieser Prozess ist weitestgehend abgeschlossen. Viele weitere Mitarbeiter/innen haben mittlerweile Schulungen besucht. Erfreulicherweise hat die Stadträtin für Jugend beschlossen, dass in dieser Legislaturperiode alle Mitarbeiter/innen des Jugendamtes eine Schulung besuchen sollen. Da für Schulungen in diesem Umfang keine Gelder zur Verfügung stehen, musste ein kostenloses Angebot gefunden werden. Auf Grund meiner Kontakte konnte ein geeigneter Verein gefunden und an die Abteilung vermittelt werden.
Probleme kostenfreie Angebote zu finden, wird es im kommenden Jahr geben, da Ende 2007 alle Equal[10]-Projekte, die zur Zeit über EU-Gelder finanzierte Schulungen anbieten können, beendet sein werden.

Bei diesem und einigen anderen Punkten wäre eine Unterstützung durch SenIntMig äußerst hilfreich, da dieser berlinweit die Koordinierungs- und Steuerungsfunktion inne hat.
Hintergrund: Viele für die Umsetzung von IKÖ erforderlichen Schritte, wie z.B. die Erarbeitung einer Definition, die Anforderungsprofilgestaltung, die Erarbeitung von Qualitätsstandards etc., gelten für alle Verwaltungen. Folglich ist es absolut ineffektiv,

---

[7] Teilnahme ist v.a. dann erforderlich, wenn Anträge seitens der U. nicht befürwortet wurden.
[8] Gehört zu den Falken
[9] Vertreterin aus dem Ausschuss für Integration und Migration und Vertreter aus dem Beirat für Integration und Migration
[10] Gemeinschaftsinitiative des Europäischen Sozialfonds (ESF)

wenn jede Verwaltung das Rad neu erfindet! So erweist sich z.B. die Umsetzung des BA-Beschlusses Qualitätsstandards für alle Bereiche zu erarbeiten, als sehr schwierig, da dazu u.a. Detailkenntnisse zu den unterschiedlichsten Arbeitsbereichen notwendig sind, sich jedoch die Arbeitsbereiche in den verschiedenen Bezirken nicht wesentlich unterscheiden.
Darüber hinaus könnte Sen IntMig weitaus leichter mit der Verwaltungsakademie über für alle Verwaltungsbereiche Berlins nutzbare Schulungsangebote verhandeln, oder auch nach Wegen suchen, um die existierenden Angebote weiter zu finanzieren.

Das BA hat in der neuen Legislaturperiode die AG IKÖ bestätigt und ist dem Vorschlag der AG aus weiteren Arbeitsbereichen Mitglieder in die AG zu entsenden, gefolgt. Derzeit wird der BA Beschluss diskutiert und anhand der gemachten Erfahrungen ein Vorschlag zur Modifizierung erarbeitet. Da in diesem Feld wenig Erfahrungen und konkrete Umsetzungsbeispiele aus anderen Städten vorliegen, hat sich in der Praxis gezeigt, dass nicht alle im BA Beschluss formulierten Punkte in der beschlossenen Form umsetzbar sind.

Generell bleibt festzuhalten, dass es sich bei der IKÖ um einen längerfristigen Prozess handelt, der noch einige Jahre in Anspruch nehmen wird. Extrem prozesshemmend wirkt sich die Tatsache aus, dass auf Grund der Haushaltslage im Land Berlin so gut wie keine Neueinstellungen vorgenommen werden können. Da sich im zentralen Stellenpool fast kein Personal mit Migrationshintergrund befindet und Auszubildende nach dem Ende ihrer Ausbildung in der Regel – wenn überhaupt - nur befristet übernommen werden, bedeutet das, dass über Jahre keine Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund stattfinden wird. Obwohl die IKÖ nicht ausschließlich mit diesem Punkt in Zusammenhang steht, wäre die Erhöhung des Anteils ein wichtiger Faktor, nicht nur weil sich dadurch das Bild der Verwaltung verändern würde, die Perspektiven von Menschen mit Migrationshintergrund in die das Verwaltungshandeln einfließen würden, sondern auch, weil das lediglich marginale Vorhandensein dieser Personengruppe als ein Demotivationsfaktor für die Umsetzung von IKÖ anzusehen ist. Für nicht wenige (insbesondere in Bereichen ohne Klienten/innenkontakt) stellt sich die Frage, warum ein so großer Aufwand betrieben wird, obwohl gar keine Personen mit Migrationshintergrund in den jeweiligen Aufgabenbereichen arbeiten. Andere wiederum könnten erst durch den konkreten Kontakt das theoretisch erworbene Wissen in der Praxis ausprobieren, einüben und Erfahrungen machen, die den Prozess vorantreiben und das Bewusstsein vertiefen würden.

Trotz aller Schwierigkeiten und Hürden kann jedoch konstatiert werden, dass der IKÖ-Implementierungsprozess seit 2005 erheblich an Fahrt gewonnen hat und bereits einiges auf den Weg gebracht werden konnte. Diese Einschätzung resultiert übrigens auch aus der Tatsache, dass wir im bezirklichen Vergleich sehr gut abschneiden.

3.2 Bildung, Ausbildung und Arbeit

Der gesamte Themenbereich liegt de facto außerhalb meines Kompetenzbereiches, dementsprechend gering sind meine Gestaltungs- und Handlungsspielräume. Deswegen sehe ich meine Aufgabe in erster Linie in der zur Verfügungstellung meiner Sachkenntnis in Arbeitsgruppen, Netzwerken etc., in der Hoffnung dadurch auf inhaltliche Entscheidungen, Veränderungsprozesse (strukturell und inhaltlich) Einfluss nehmen zu können und rechtzeitig relevante Informationen zu erhalten und an Stellen mit entsprechenden Kompetenzen weiterzugeben.

Die Hauptprobleme im Land Berlin sehe ich nach wie vor in folgenden Phänomenen: Migrantenspezifische Aspekte bei der Gestaltung von Angeboten, sowohl im Bildungs- , als auch im Beschäftigungssektor werden nicht selbstverständlich berücksichtigt (kein mainstreaming), zu viele Eigeninteressen sind im Spiel (Schule, Träger, Wissensdefizite in den unterschiedlichen Verwaltungen, die kaschiert, statt bearbeitet werden)., Ddas Bewusstsein dafür, dass ‚Integration' in allen Bereichen eine Querschnittsaufgabe, mit allen dazugehörigen Aspekten (wie z.B. Implementierung von IKÖ bzw. Diversity, Antidiskriminierungmaßnahmen in allen Bereichen, DaZ[11] flächendeckend u.v.m.) ist nicht bzw. nur marginal vorhanden, es existiert wenn überhaupt, dann nur eine ungenügende Abstimmung zwischen verschieden Bereichen u.a. auf Senatsebene.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Bildungs- und Beschäftigungsbereich extrem komplex ist, es eine Vielzahl von Förderinstrumenten und eine schier unüberschaubare Anzahl von Anbietern gibt, die ein existenzielles Interesse an der Beibehaltung dieses ‚Dschungels' haben.

Im Berichtszeitraum wurde in Kooperation mit der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und Migrationsangelegenheiten im JobCenter Friedrichshain-Kreuzberg, Frau Overvbeck, die Arbeitsgruppe „JobCenter-BAMF und weitere Akteure" ins Leben gerufen. An der Arbeitsgruppe (AG) sind beteiligt: Das Bundesamt für Migration (BAMF), das JobCenter sowie die Volkshochschule Friedrichshain-Kreuzberg und weitere Träger, die Integrationskurse anbieten, ein Vertreter des Beauftragten für Integration und Migration des Senats und ein Vertreter aus einer Migrationserstberatungsstelle (MEB). Intention für die Gründung der AG, die durch mich koordiniert und moderiert wird, war die Verbesserung der Kooperation der genannten Institutionen bzw. Projekte und die Optimierung der Verfahrensabläufe zur Vermittlung der Kunden/innen mit Sprachförderbedarf.

Zur Verfahrensoptimierung wurde ein Ablaufplan für die Sachbearbeiter/innen im JobCenter entwickelt, der sie in die Lage versetzt mit dem/der Kunden/in die richtigen bzw. notwendigen Schritte im Hinblick auf Sprachkursangebote und weitergehende Qualifizierungsangebote zu veranlassen. Darüber hinaus wurden weitere Absprachen zwischen den verschiedenen Akteuren/innen getroffen, die alle eine verbesserte Kommunikation und Hilfestellung für die/den jeweilige/n Kundin/en zum Ziel haben.

Darüber hinaus gibt es mit Frau Overbeck einen kontinuierlichen Austausch und eine enge Abstimmung zu aktuellen Entwicklungen, bei der Bewertung von Konzeptionen,

[11] DaZ: Deutsch als Zweitsprache

die die Integration von Migranten/innen in den Arbeitsmarkt befördern ebenso wie regelmäßige Treffen mit unterschiedlichen Akteuren aus diesem extrem breiten Sektor.

Seit dem Start des Modellprojektes BQN[12] (Berufliches Qualifizierungsnetzwerk für junge Migranten/innen) im Jahr 2005 bin ich Mitglied in der Steuerungsrunde des Projektes.

Das dort entwickelte und für das Land Berlin empfohlene Vorgehen halte ich für wegweisend. Ohne in diesem Rahmen auf alle Punkte ausführlicher eingehen zu können, möchte ich zumindest die empfohlene methodische Vorgehensweise kurz vorstellen.

„Die „Methode BQN“ besteht aus vier Einzelschritten:

1. Problemanalyse
2. Bewertung des Status Quo (State of the Art), Herausfiltern von tragfähigen Lösungsansätzen als Referenzmodelle und Ableiten von Arbeitsaufgaben
3. Weiterentwicklung und Erprobung im Handlungsfeld
4. Transfer in Politik und Praxis“[13]

Ob und inwieweit sich diese Empfehlungen, die eine Neuausrichtung der Berliner Bildungs- und Ausbildungspolitik zur Folge haben würden, durchsetzen, ist derzeit nicht absehbar. Ich werde auch zukünftig für diesen Ansatz werben und dadurch versuchen dazu beizutragen, dass zukünftig ein adäquateres Herangehen im Land Berlin implementiert wird.

Eine der größten Herausforderungen ist es in diesem breiten Feld Veränderungen im Schulbereich herbeizuführen. Ich bin bereits in meinem Thesenpapier zur Entwicklung von Diversity-Leitlinien für den Bezirk im Dezember 2004[14] ausführlich auf diesen Bereich eingegangen und habe einige Punkte angesprochen, die zu einer Verbesserung der Schulsituation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund beitragen würden. Seitdem ist zwar ein wenig Bewegung in den Schulbereich gekommen, aber die notwendigen grundlegenden Veränderungen stehen nach wie vor aus. Immer noch wird keine Systemdiskussion geführt, sondern an unterschiedlichen Symptomen ‚herumgedoktert'. Nach wie vor wird über den hohen Anteil von Schüler/innen nicht deutscher Herkunftssprache lamentiert, aber es sind so gut wie keine Anzeichen für eine Systemveränderung, die der heterogenen Schüler/innenschaft Rechnung tragen würde, zu erkennen. Solange die Symptomträger, also die Schüler/innen und deren Eltern mit Migrationshintergrund für ihre unzureichenden Sprachkenntnisse verantwortlich gemacht werden und die Frage, inwieweit sich das System Schule auf diese heterogene Schüler/innenschaft eingestellt und ihre Strukturen dementsprechend verändert hat, bzw. welche Strukturveränderungen vorgenommen werden müssten, um diesem Sachverhalt gerecht zu werden, unterbleibt, solange wird sich an der Situation dieser Gruppe nichts grundlegend verändern.

---

[12] Für weitere Informationen siehe www.bqn-berlin.de

[13] Kohlmeyer, Klaus, Gutachten, Berlin: Europäische Modellmetropole für Integration. Die schulische und berufliche Bildung junger Migranten/innen. Analyse und Lösungsansätze, Berlin September 2006, S. 24, weitere Empfehlungen siehe ebenda.

[14] Vgl. Nahawandi, Doris, Diversity-Leitlinien für eine neue Kultur der Vielfalt im Einwanderungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, Dezember 2004

Diese Thesen, verbunden mit konkreten Veränderungsvorschlägen[15], vertrete ich bei unterschiedlichen Veranstaltungen, Diskussionsrunden etc. Eine Einschätzung darüber, ob und inwieweit diese aufgegriffen werden, kann nicht abgegeben werden. Dennoch ist zu hoffen, dass die Stellungnahmen von unterschiedlichen Akteuren/innen, die alle in die gleiche Richtung gehen, früher oder später zu einer veränderten Wahrnehmung und im nächsten Schritt zu Systemveränderungen führen werden.

Generell kann für diesen gesamten Themenkomplex gesagt werden, dass es in meiner Funktion mit der damit verbundenen Aufgabenfülle nicht möglich ist, über die punktuellen Tätigkeiten und Schwerpunktsetzungen hinaus, tätig zu werden, obwohl ich das gesamte Themenfeld für überaus wichtig ansehe und mich gerne stärker engagieren würde.

3.3 Demokratieförderung im Bezirk

3.3.1 Hintergrundinformationen

Seit der Veröffentlichung der Studie „Demokratiegefährdende Phänomene im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg“ im Mai 2003 wurde seitens des BA’s kontinuierlich versucht, die Resultate mit einer breiten Öffentlichkeit, Projekten, Vereinen, diversen lokalen Akteuren, Lehrer/innen etc. zu diskutieren und Strategien zur Bekämpfung von negativen Entwicklungen im Bezirk zu identifizieren und anzuwenden.

Nach zahlreichen Gesprächen zwischen der Bezirksbürgermeisterin (BzBm), Frau Reinauer und Sen IntMig, Herrn Piening gelang es, Herrn Piening von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass für eine kontinuierliche Bearbeitung der demokratiegefährdenden Phänomene im Bezirk eine finanzielle Förderung notwendig sei.
Seit Herbst 2005 finanziert Sen IntMig ein Projekt zur Demokratieförderung, um insbesondere Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Islamismus und Islamophobie zu bekämpfen.

Sen IntMig hat für die Beratung und Begleitung des Prozesses die Träger mbr (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus) und das ADNB (Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin) beauftragt. Die mbr wurde beauftragt, da sie im Rahmen der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus insbesondere über die Expertise (Methodenentwicklung etc.) in diesem Feld verfügt. Das ADNB erhielt den Auftrag, da es den Zugang zu den verschiedenen Migrantencommunities hatte und über die Expertise in den Feldern Rassismus, Antisemitismus innerhalb von Migrantencommunities und Islamophobie verfügt. Für die externe Prozessbegleitung konnten als wissenschaftliche Berater/innen Frau Riem Spielhaus von der HU Berlin für den Bereich Islam/Islamismus/Islamophobie und Herr Dr. Michael Kohlstruck vom Zentrum für Antisemitismusforschung der TU für den Bereich Antisemitismus und Rechtsextremismus gewonnen werden. Ich wurde mit der internen Projektsteuerung beauftragt.

Da es sich bei dem Projektvorhaben um ein bundesweit einmaliges Modellprojekt handelt, also auf keinerlei Beispiele aus anderen Städten zurückgegriffen werden

[15] Vgl. Diversity-Leitlinien, a.a.o. und z.B. Vortrag zum Thema „Integration und Chancengleichheit in der Schule aus der Perspektive des Einwanderungsbezirks Friedrichshain-Kreuzberg, 01.06.2006, http://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/verwaltung/org/intmigbeauftragte/publikationen

konnte, die beiden Träger bislang nicht in diesen komplexen Themenfeldern tätig waren[16] und zudem alle Beteiligten bislang nicht mit einander kooperiert hatten, dauerte es eine Weile, bis sich eine funktionierende Projektstruktur etabliert hatte, prioritäre Handlungsfelder festgelegt werden konnten, eine Steuerungsrunde installiert wurde und die bereits bestehenden Gremien (Runder Tisch muslimische Vereine und Gemeinden, Runder Tisch für Demokratie und Migrationsbeirat) informiert und eingebunden werden konnten.

Nach aufwendigen Recherchen, zahlreichen Gesprächen mit relevanten Akteuren/innen im Bezirk und mit Vertreter/innen aus der Abteilung Jugend hat die mbr einen Vorschlag für zunächst zu bearbeitende Handlungsfelder erarbeitet, dem das BA gefolgt ist. Als Handlungsfelder wurden festgelegt:

- Lokale Diskurse
- Öffentlicher Raum – Unterstützung von Aktivitäten der Zivilgesellschaft
- Jugend/Jugendarbeit

3.3.2 Aktivitäten in den Handlungsfeldern

Im Handlungsfeld „lokale Diskurse“ wurde ein Vorgehensvorschlag erarbeitet, der noch nicht mit der Steuerungsrunde diskutiert werden konnte, da auf Grund der anstehenden Neuwahlen im Herbst 06 niemand mehr, möglicherweise wegweisende, Entscheidungen treffen wollte.

Die Gebiets- bzw. Sozialraumauswahl im Handlungsfeld „Öffentlicher Raum“ gestaltete sich sehr schwierig, was u.a. mit der Tatsache zusammenhing, dass seitens der Abteilung Jugend der Wunsch bestand, kein Quartiersmanagmentsgebiet (QM) auszuwählen. Es wurden verschiedene andere Gebietsalternativen geprüft, was mit aufwendigen Recherchen verbunden war. Leider eignete sich keines dieser Gebiete, was schließlich zu der Entscheidung führte, das QM Gebiet Wassertorplatz auszuwählen.

Im Handlungsfeld „Jugend“, wurde eine Fortbildungsreihe für Jugendarbeiter/innen entwickelt. Des Weiteren wurde auf Wunsch eine Arbeitsgruppe zum Thema Umgang mit Antisemitismus in der offenen Jugendarbeit eingerichtet, die von der mbr und dem ADNB koordiniert und moderiert wird. Die Angebote richten sich sowohl an öffentliche als auch an freie Einrichtungen im Bezirk.

Im Bereich Rechtsextremismus hat sich im Ortsteil Friedrichshain eine Bürger/inneninitiative gegründet. Die mbr unterstützt und begleitet diesen Prozess.

[16] Die Komplexität entsteht insbesondere durch die Tatsache, dass alle angeführten demokratiegefährdenden Phänomene im Ortsteil Kreuzberg existieren und demzufolge Strategien entwickelt werden müssen, die diese vielschichtige Gemengenlage berücksichtigen

3.3.3 Problemlagen

Ortsteil Kreuzberg
Bereits zu Beginn des Projektes lautete für mich die Leitfrage, ob bzw. inwieweit sich die Erfahrungen und entwickelten Strategien im Umgang mit dem Themenbereich Rechtsextremismus auf die für den Ortsteil Kreuzberg relevanten Themenfelder übertragen lassen. Meine Vermutung war, dass dies nur sehr bedingt möglich sein wird.

Im Projektverlauf hat sich meine Vermutung bestätigt. Denn im Gegensatz zum Umgang mit- bzw. Bekämpfung von Rechtsextremismus (REX) hat man es in den anderen Themenfeldern um weitaus unüberschaubarere Gemengelagen zu tun. Während man sich beim Thema REX weitestgehend einig darüber ist (auch parteienübergreifend), dass dagegen vorgegangen werden muss und dementsprechend eine relatives klares ‚Freund-Feind Schema', vorhanden ist, existieren solch klare Positionen z.B. bei den Themen Islamismus und Islamophobie keineswegs. Selbst beim Thema Umgang mit Menschen muslimischen Glaubens gibt es höchst unterschiedliche Auffassungen.

Diese unübersichtliche Ausgangsposition hat u.a. zur Konsequenz, dass es nicht möglich ist ein breites Bündnis verschiedener Akteure zur Bekämpfung von z.B. Islamophobie herzustellen. Die beim REX relativ übersichtliche ‚Freund-Feind'-Perspektive greift bei den Kreuzberger Themen ebenso wenig wie erprobte Strategien angewandt werden können. Eine Konsequenz daraus ist, dass weitaus kleinteiliger gearbeitet werden muss, erheblich mehr unterschiedliche Gruppen mit deren Erfahrungen und Befindlichkeiten zu berücksichtigen sind, wesentlich mehr Hintergrundgespräche etc. geführt werden müssen und last but not least bestimmte Schritte einfach ausprobiert werden müssen.

Mit die größte Herausforderung war und ist der Umstand, dass es sich um ein bundesweit einzigartiges Modellprojekt handelt und deswegen auf keinerlei best practice Beispiele aus anderen deutschen Städten zurückgegriffen werden kann. Viele Stolpersteine ergaben sich im Projektverlauf, waren also nicht absehbar, und es ist davon auszugehen, dass sich diese Erfahrungen fortsetzen werden.

Bislang existiert z.B. kein Patentrezept im Umgang mit muslimischen Organisationen bzw. deren Vertreter/innen. Die Entscheidung über eine Kooperation mit muslimischen Organisationen, die von verschiedenen Seiten kritisch betrachtet werden, ohne dass es konkrete Belege für demokratiegefährdende Aktivitäten dieser Organisationen gibt, wird auf absehbare Zeit Risiken, insbesondere für die Politik, mit sich bringen. Es ist nahezu unmöglich zu prognostizieren, ob sich kritische Islamkenner/innen, bei denen es sich nicht selten um selbsternannte Experten/innen handelt, oder auch Medienvertreter/innen aufgerufen sehen, das bezirkliche Vorgehen (seitens der Politik und der Verwaltung) öffentlich zu machen und zu skandalisieren.

Die daraus resultierenden Minenfelder werden auch in Zukunft bestehen bleiben. Die Alternative, keine Kooperation mit diesen in der Kritik stehenden bzw. unter diffusen Verdacht stehenden Akteuren einzugehen, ist keine wirkliche. Insbesondere bei jungen, hochqualifizierten und hochmotivierten Muslimen besteht die Gefahr, dass Ausgrenzung statt Einbindung zum Rückzug und im schlimmsten Fall zur Radikalisierung führen könnte.

Deutlich wurde im Projektverlauf auch, dass eine Thematisierung von Antisemitismus innerhalb der Migrantencommunities nur gelingen kann, wenn gleichzeitig die existierende Islamophobie, als eigenständiges Phänomen in den Blick genommen wird. Denn nur wenn Muslime das Gefühl haben, dass ihre Probleme erkannt, ernst genommen und nach Lösungen gesucht wird, werden sie die Bereitschaft entwickeln, sich mit Tabuthemen zu befassen und versuchen kooperativ nach Lösungen zu suchen[17]. Sowohl die Entwicklung nach dem 11. September als auch die fortwährend prekäre Lebenssituation vieler arabischsprachiger Muslime (Kettenduldungen) sind im Hinblick auf Strategieentwicklungen für diesen Personenkreis besonders zu berücksichtigen.

Ähnlich komplex stellt sich auch das Thema muslimische Frauen - insbesondere mit Kopftuch - dar. Die offensichtliche Benachteiligung bzw. Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ist für diese Gruppe ein herausragendes Problem, aber bei weitem nicht das einzige. Allein der öffentliche Diskurs in den letzten Monaten hat einmal mehr verdeutlicht, wie vorurteilsbehaftet und klischeehaft die öffentliche Meinung im Hinblick auf kopftuchtragende Frauen ist. Daraus resultierende Alltagsprobleme wie z.B. die Auswirkungen des öffentlichen Diskurses auf die Einstellungen von Lehrer/innen und Erzieher/innen und die damit verbundenen Konsequenzen für kopftuchtragende Mütter spielen bislang in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle. Doch gerade diese Alltagsprobleme müssen in den Fokus genommen werden, wenn man diese Zielgruppe als Kooperationspartnerinnen gewinnen möchte.

Ortsteil Friedrichshain

Der Anteil der Übergriffe im Ortsteil Friedrichshain war im Jahr besorgniserregend hoch. Nach der ReachOut[18] Statistik vom März 2007 führt Friedrichshain die Berlin Statistik für das Jahr 2006 mit 50 von insgesamt 155 registrierten Übergriffen an.
Auf Grund dieser Entwicklung hat sich eine Bürgerinneninitiative mit dem Namen „Initiative gegen Rechts Friedrichshain“ gebildet. Der Gründungsprozess und die Arbeit der Initiative wird durch die mbr unterstützt und begleitet. Die Initiative arbeitet mit viel Engagement und hat bereits diverse Aktionen auf den Weg gebracht.

Schwierigkeiten bereitet die Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund und deren Organisationen in die Initiative. Die Gründe dafür sind vielschichtig und stehen sicherlich im Zusammenhang mit unterschiedlichen Diskussionskulturen etc. Ob und inwieweit es zukünftig gelingen wird diesen Personenkreis stärker einzubinden, muss abgewartet werden. Auch bei diesem Punkt kann leider nicht auf Beispiele aus anderen Städten zurückgegriffen werden. Demzufolge müssen zunächst verschiedene Herangehensweisen ausprobiert werden, um anhand der gemachten Erfahrungen eine tragfähige Strategie zu entwickeln.

Generell stellt das gesamte Themenfeld ein relativ neues Phänomen im Ortsteil Friedrichshain dar. Da im Gegensatz zum Ortsteil Kreuzberg, Strukturen erst im Aufbau sind, die verschiedenen Akteure erst langsam zueinander finden, es noch keine konsensfähigen Interpretationen für die Gesamtentwicklung gibt[19], ist davon auszugehen, dass es noch eine Weile dauern wird, bis ein Weg zur effektiven Bekämpfung des Rechtsextremismus und der gewalttätigen Angriffe gefunden sein wird.

---

[17] Diese ‚Logik’ gilt selbstverständlich nicht nur für diese Gruppe!

[18] ReachOut ist ein Projekt zur „Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“

[19] Es gibt z.B. eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Polizei- und der ReachOut-Statistik.

3.3.4 Perspektiven

Die Komplexität des Unterfangens, ein Projekt zur Demokratieförderung im Bezirk zu implementieren wird allein an diesen herausgegriffenen Beispielen deutlich. Diese Komplexität und Vielschichtigkeit, der man nur durch eine überaus differenzierte Betrachtungs- und Herangehensweise gerecht werden kann, ist natürlich in der Öffentlichkeit äußerst schwer zu vermitteln. Dadurch entsteht dann auch bei vielen leicht der Eindruck, es würde eigentlich gar nichts passieren, es gäbe keine Fortschritte etc. Ob es aus diesem Dilemma auf absehbare Zeit einen Ausweg geben wird, bleibt abzuwarten.

Trotz aller Schwierigkeiten und dem immensen zeitlichen Aufwand, der mit der Steuerung des Projektes verbunden ist, halte ich eine Fortsetzung des Projektes für überaus wichtig. Denn eine bessere Chance, den Umgang mit diesen schwierigen und komplexen Themenfeldern zu üben und praktikable Verfahrensweisen zu entwickeln, wird sich für den Bezirk nicht ergeben!

3.4 Wettbewerb

Im Jahr 2006 gelang es mir, Fördermittel in Höhe von 2.000 €uro von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zu akquirieren, um einen Wettbewerb für junge Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 14 – 20 Jahren zum Thema Identität durchzuführen. Der Titel des Wettbewerbs lautete „Ausländer raus ... nach Deutschland – Deutschland, dass bin auch ich“.
Durch meinen jährlichen Etat von insgesamt 1.000 €uro standen für die Durchführung des Wettbewerbs incl. der Preisgelder also 3.000 €uro zur Verfügung.

Als ich die Idee für den Wettbewerb gemeinsam mit dem Theaterregisseur Thierry Brühl entwickelte[20], hatte ich den damit verbundenen zeitlichen Aufwand stark unterschätzt. Allein für die Entwicklung des Flyers, der unter Einbeziehung von Jugendlichen aus dem Wasserturm entstand, musste sehr viel Arbeitszeit investiert werden. Die verschiedenen Arbeitsschritte, die Werbung, der Versuch der Einbindung der Oberschulen im Bezirk, die Gewinnung der Jurymitglieder[21] etc., waren mit einem weitaus größeren Arbeitsaufwand verbunden, als angenommen. Da die Vorbereitung und Durchführung des Wettbewerbs neben der alltäglichen Arbeit vorgenommen werden musste, konnte das Vorhaben nicht in der Intensität, die eigentlich notwendig gewesen wäre, vorangetrieben werden. Dies hatte zur Konsequenz, dass es leider nicht möglich war, eine intensive Motivationsarbeit in den Schulen durchzuführen, die eine breite Beteiligung zur Folge gehabt hätte.

Darüber hinaus, war die Aufgabenstellung, das Thema Zugehörigkeit/Identität in einer künstlerischen Weise, durch ein Theaterstück, einen Song, einen Film o.ä. zu

[20] Darüber hinaus wurde ich während des gesamten Prozesses von Detlef Zuther von der Jugendförderung und Hakan Aslan vom DTK-Wasserturm mit Rat und Tat unterstützt. Allen dreien sei an dieser Stelle ganz herzlich gedankt!

[21] Die Jurymitglieder waren: Pegah Ferydoni (Schauspielerin, z.B. Türkisch für Anfänger), Rebecca Lina (Schauspielerin, z.B. Tatort), Omid Nouripour (MdB), Haroun Sweis (Radio MultiKulti).

bearbeiten, für viele Jugendliche zu komplex. Wahrscheinlich hätte sich eine über einen längeren Zeitraum angelegte Projektarbeit besser zur Bearbeitung geeignet.

Trotz aller Schwierigkeiten und Hürden gelang es, einige Einsendungen zu erhalten. Die Jury entschied sich für die Prämierung folgender Beiträge:

- Jungengruppe DTK-Wasserturm (3. Preis, 400,- €)
- Klasse 8/2 der Eberhard-Klein-Oberschule (2. Preis, 600,- €)
- Rapper Feik West und Magma der KMAntenne (1. Preis, 1.000,- €)

Darüber hinaus erhielt die „AG Antirassismus“ der Reinhardswaldgrundschule für ihr Engagement und für den Kurzfilm „Besetzt“ einen Sonderpreis in Höhe von 250,- €.

Die Wettbewerbsidee hat viel Zuspruch erhalten und ich würde den Wettbewerb sehr gerne fortsetzen, um die Idee zu etablieren und die Diskussion zum Thema Zugehörigkeit/Identität, gerade im Hinblick auf die 3. Einwanderer/innengeneration, am Leben zu halten. Dies ist jedoch auf Grund meiner Arbeitsbelastung leider nicht leistbar.

4. Statistisches Material

Auf Grund der verschiedenen Arbeitsbereiche und Institutionen, die Daten nach unterschiedlichen Systematiken erheben, ist ein erheblicher Arbeitsaufwand mit der Datensammlung und Aufbereitung verbunden.

Trotz des großen Aufwandes sind die Zahlen leider nur sehr bedingt aussagefähig, da bislang keine Datenerfassung nach Herkunft erfolgt.[22] Die Erhebung nach den Kategorien deutsch/nichtdeutsch gibt eine verzerrte Realität wieder. Erfreulicherweise gibt es zumindest im Schulbereich eine verbesserte Datenlage, da dort mittlerweile auch die Kategorie nichtdeutsche Herkunftssprache (ndH) erfasst wird, und uns somit aussagekräftigere Daten vorliegen.

Die Diskussion um eine differenziertere Datenerhebung für das Land Berlin dauert seit geraumer Zeit an. Auch ein Monitoringsystem unter Zugrundelegung von einheitlichen Indikatoren für Berlin wird diskutiert. Solange es jedoch keine einheitliche und differenzierte Datenerfassung gibt, ist eine fundierte Interpretation der vorliegenden Daten im Grunde nicht möglich.
Da ich darüber hinaus keine Empirikerin bin, werde ich von einer Interpretation der erhobenen Daten in Gänze absehen, da die Gefahr der Fehlinterpretation zu hoch ist.

Die Statistiken wurden in Excel-Tabellen erstellt und sind im Anhang des Berichtes zu finden.

[22] Vgl. dazu auch die Ausführungen im aktuellen Report des Beauftragten für Integration und Migration des Senats (Hrsg.): „Integration und Migration in Berlin. Zahlen – Daten – Fakten“ unter dem Punkt Empfehlungen für die zukünftige Datenerhebung, S. 54, Berlin März 2005

5. Perspektiven

Für die kommenden Jahre ist zunächst einmal die Fortsetzung der angeschobenen Themenkomplexe vorgesehen. Da sich gesellschaftliche Prozesse im allgemeinen in größeren Zeitabständen vollziehen, sind kurzfristig keine grundlegenden positiven Veränderungen zu erwarten.

Darüber hinaus ist es aus meiner Sicht überaus wichtig ein Thema stärker in den Blick zu nehmen: Die nach wie vor unzureichende Wahrnehmung der Probleme und Interessen von ethnischen Gruppen, die über einen geringen Organisationsgrad verfügen. Dazu gehören aus meiner Sicht insbesondere die Gruppe der Menschen vietnamesischer Herkunft, die Menschen, deren Wurzeln in verschiedenen afrikanischen Ländern liegen und die Gruppe der Afro-Deutschen. Gerade die beiden letztgenannten Gruppen werden in der Öffentlichkeit so gut wie nicht wahrgenommen, haben weder eine Stimme, noch eine Lobby und erhalten, wenn überhaupt, nur marginal finanzielle Förderung. Da andererseits der Bevölkerungsanteil dieser Gruppen stetig wächst, muss nach Wegen gesucht werden, um deren Belange und Interessen stärker in den Blick zu bekommen und sie in bestehende Strukturen einzubinden.

Ein weiteres, bereits jetzt absehbares, neues Themenfeld ergibt sich durch die Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Die gesetzlichen Vorgaben erfordern sowohl verwaltungsinterne Umsetzungsmaßnahmen als auch die Thematisierung verschiedener Aspekte in der Öffentlichkeit.

6. Fazit

Im Berichtszeitraum gewannen die Themen Integration und Migration zunehmend an Bedeutung, was u.a. darauf zurückzuführen ist, dass die neue Bundesregierung durch die Einrichtung eines Integrations- und Islamgipfels eine Aufwertung der Themen initiiert hat und bedingt dadurch, das öffentliche Interesse merklich gestiegen ist.

Diese Entwicklung ist selbstverständlich begrüßenswert. Damit ist jedoch auch die Schwierigkeit verbunden, den daraus resultierenden Anfragen zu Gesprächen, Vorträgen, Bearbeitung von BVV-Beschlüssen u.v.m gerecht zu werden. Da zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben nicht mehr Personal zur Verfügung steht, bin ich immer häufiger mit dem Problem konfrontiert zu entscheiden, welche Themenbereiche ich nicht bearbeite bzw. welche Anfragen und Einladungen ich nicht annehmen kann, etc. Dass die Einzelnen in der Regel nicht nachvollziehen können, warum sie eine Absage erhalten, ist aus deren Perspektive nachvollziehbar, erleichtert aber meine Prioritätensetzung nicht, im Gegenteil. Erschwerend kommt das permanente Bewusstsein hinzu, welche weiteren Themenbereiche eigentlich auch noch bearbeitet werden müssten,. Dieser Zustand ist nicht zufriedenstellend, zumal auf absehbare Zeit keine Lösung des Zeitproblems in Sicht ist.

Die Drucksache 1815 sieht auch eine Darstellung der Erfolge vor. Diese müsste spätestens an dieser Stelle erfolgen, wird jedoch bewusst aus unterschiedlichen Gründen unterbleiben.
Ob und inwieweit einzelne Tätigkeiten und Aktivitäten der Beauftragten zur Beförderung eines Themas, zur Verbesserung von einzelnen Problembereichen oder auch nur zur Problemwahrnehmung beigetragen haben, ist in der Regel nicht feststellbar, denn viele

verschiedene Akteure sind im gesamten Themenspektrum aktiv. Ferner existiert kein allgemeingültiger Maßstab, der der Erfolgsbemessung zu Grunde gelegt werden könnte. Um eine halbwegs fundierte Aussage treffen zu können, müsste darüber hinaus eine Evaluation über einen längeren Zeitraum durchgeführt werden.

Als generellen Erfolg werte ich jedoch den Umstand, dass mittlerweile eine öffentliche Diskussion zur Funktion und Stellung der Beauftragten im Land Berlin stattfindet, und Überlegungen im Hinblick auf eine gesetzliche Verankerung der Funktion angestellt werden. Diese Diskussion zeigt, dass durch den Bedeutungsgewinn des Themas Integration auch die Funktion der Beauftragten an Bedeutung gewinnt. Es ist zu hoffen, dass sich daraus mittelfristig auch Kompetenzzuwächse und eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung ergeben werden.

Doris Nahawandi

Mai 2007